



Presseinformation

der Energieintensiven Industrien in Deutschland

24. Februar 2015

EID: Marktstabilitätsreserve beim Emissionshandel gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

Dämpfer für Investitionen in Europa

Die Energieintensiven Industrien (EID) haben deutliche Kritik an der Einführung einer Marktstabilitätsreserve (MSR) im europäischen Emissionshandel geäußert, die heute vom Umweltausschuss des Europäischen Parlaments für 2018 beschlossen wurde. Die im Beschluss formulierten Änderungsvorschläge verschärfen die Vorlage der EU-Kommission erheblich. Aus Sicht der EID ist die MSR weder mit dem Emissionshandel vereinbar noch fördert sie den Klimaschutz.

Utz Tillmann, Sprecher der EID sagte: „Die Marktstabilitätsreserve ist ein Dämpfer für die politische Akzeptanz des Emissionshandels in Europa und für Investitionen. Anders als ihr Name vermuten lässt, macht die Maßnahme den funktionierenden Markt für Zertifikate in Europa unberechenbar und könnte zu hohen Kosten in den davon hauptsächlich betroffenen energieintensiven Unternehmen führen.“ Da die MSR zu einem Anstieg der Zertifikatepreise und infolge auch zu höheren Strompreisen führt, können in den deutschen EID-Branchen Baustoffe, Chemie, Glas, Nichteisen-Metalle, Papier und Stahl Mehrkosten von 4,6 Milliarden Euro pro Jahr entstehen, erläuterte Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Industrie habe in der Diskussion auf das Kostenproblem hingewiesen, aber nicht genug Gehör gefunden. Der Beschluss des Umweltausschusses weise Kompromisse auf, die das Kostenproblem aber nicht lösen.

Die Energieintensiven Industrien in Deutschland:

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS)
Verband Deutscher Papierfabriken e.V. (VDP)
Bundesverband Glasindustrie e.V. (BV Glas)
Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM)
Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)
Wirtschaftsvereinigung Stahl

EID-Sprecher Klaus Windhagen, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Papierfabriken, wies darauf hin, dass die Marktstabilitätsreserve für den Klimaschutz unnötig sei. Windhagen sagte: „Die Klimaziele der EU werden auch ohne die Reserve vollständig erreicht. Der erneute Markteingriff dient allein der Preissteigerung für Zertifikate. Wir befürchten, dass Unternehmen noch stärker dazu neigen werden, aufgrund mangelnder Verlässlichkeit der europäischen Energie- und Klimapolitik außerhalb Europas zu investieren.“ Ein solcher Trend sei heute schon festzustellen, so Windhagen.

Gemeinsam forderten die EID-Sprecher die EU-Institutionen auf, im weiteren Gesetzgebungsprozess die negativen Folgen einer Marktstabilitätsreserve für Arbeitsplätze und Investitionen in der Industrie durch geeignete Gegenmaßnahmen abzuwenden. Nötig sei eine Überarbeitung des Emissionshandelssystems, um weiterhin die kostenlose Zuteilung mit Zertifikaten zu gewährleisten. Die Benchmarks für diese Zuteilung müssten zudem realistisch ausgestaltet werden, so dass die effizientesten Anlagen nicht mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Zusätzlich sei ein Wegfall des Korrekturfaktors erforderlich, da andernfalls die Zuteilung bis 2030 um 40 Prozent abgeschmolzen wird, mit der Folge untragbarer Kostenbelastungen durch den Kauf von Zertifikaten.

Wichtig sei auch, dass die Unternehmen weiter in vollem Umfang eine Kompensation für höhere Strompreise erhalten. Andernfalls wachse die Gefahr von Produktionsverlagerungen ins EU-Ausland. Auch die EU-Kommission fordert in ihrem richtungsweisenden Papier für die Energieunion von den EU-Institutionen, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie zu stärken. Tillmann sagte: „Es ist widersinnig, dass das Parlament einen Tag vor der Vorstellung der Energieunion durch die Kommission noch Schritte unternimmt, die unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Darauf muss die Kommission reagieren.“

Die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) beschäftigen rund 830.000 Mitarbeiter – oder 14 Prozent der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes. Jeder Arbeitsplatz in der energieintensiven Grundstoffproduktion sichert etwa zwei Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen und im Dienstleistungssektor.

Ansprechpartner:

**Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e.V.**

Susanne Hoffmann
Leiterin Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 30 7261999-21
E-Mail: s.hoffmann@bvbaustoffe.de
www.bvbaustoffe.de



Verband Deutscher Papierfabriken e.V.

Gregor Andreas Geiger M.A.
Bereichsleiter Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 228 26705-30
Fax: +49 228 26705-62
E-Mail: ga.geiger@vdp-online.de
www.vdp-online.de



Bundesverband Glasindustrie e.V.

Dorothee Richardt
Referentin Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 211 4796-331
Fax: +49 211 951 37 51
E-Mail: presse@bvglas.de
www.bvglas.de



Wirtschaftsvereinigung Metalle

Martin Brüning
Leiter Kommunikation
Tel.: +49 30 726207-111
Fax: +49 30 726207-198
E-Mail: bruening@wvmetalle.de
www.wvmetalle.de



Verband der Chemischen Industrie e.V.

Sebastian Kreth
Pressesprecher
Tel.: +49 69 2556-1657
Fax: +49 69 2556-1613
E-Mail: presse@vci.de
www.vci.de



Wirtschaftsvereinigung Stahl

Beate Brüninghaus
Leiterin Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 211 6707-115 (116)
Fax: +49 211 6707-676
E-Mail: beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de
www.stahl-online.de

